

Bezirkstag von Niederbayern
Fraktion der Freien Wähler
Fraktionssprecher Bezirksrat Hans Weinzierl

Rottenburg, den 14.12.11

Stellungnahme zum Haushaltsplan des Bezirks Niederbayern für das Jahr 2012 im Rahmen der Haushaltssitzung des Bezirkstages von Niederbayern am 16.12.11

Sehr geehrter Hr. Bezirkstagspräsident Hölzlein,
Sehr geehrter Hr. Regierungspräsident,
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstages,
sehr geehrte Damen und Herren!

Aus den Zahlen, die im vorliegenden Haushaltsplan ausgewiesen sind, wird deutlich, dass die Ausgaben, vor allem im sozialen Bereich, weiter steigen.

Diese Entwicklung kommt nicht überraschend, sondern sie ist vorhersehbar und als allgemeiner Trend anzuerkennen, der sich aus der Veränderung unserer Gesellschaft ableiten lässt.

Der in diesem gegenüber den Vorjahren verlangsamte Anstieg der Sozialhilfeausgaben mit absolut 4,5 Millionen ist lediglich auf Sondereffekte zurückzuführen und bietet daher keine Grundlage anzunehmen, dies sei ein anzunehmender Trend für die nächsten Jahre, im Gegenteil.

Die Ausgaben des Bezirkes im Bereich Soziales beruhen auf eindeutig vom Gesetzgeber definierten Ansprüchen der Sozialgesetzgebung.

Im Vollzug dieser Gesetzgebung ergeben sich für die Verwaltung deshalb auch keinerlei Ermessensspielräume.

Hinzu kommen neue Aufgaben, wie die Inklusion, deren Auswirkungen auf den Bezirkshaushalt noch nicht in seiner ganzen Tragweite absehbar sind.

Die Umsetzung der Inklusion wurde vom Freistaat Bayern beschlossen

Die Kosten der Umsetzung tragen die Kommunen.

Warum eigentlich die Kommunen?

Diese Frage muss man stellen, ist doch mittlerweile die Konnexität rechtlich verankert, was dazu führen müsste, dass vom Staat die Kosten für diese neue Aufgabe übernommen werden.

Der Erfindungsreichtum des Staates scheint jedoch schier unerschöpflich zu sein, sich vor dieser materiellen Verantwortung zu drücken.

Dies gilt gleichermaßen für die immer wieder aufgestellte Forderung endlich ein längst überfälliges Bundesleistungsgesetz auf den Weg zu bringen, um die Hilfe für Behinderte von der Sozialhilfe zu entkoppeln.

Es kann doch nicht sein, dass diese gesamtgesellschaftlichen Aufgaben auf Dauer zum überwiegenden Teil aus den gemeindlichen Steuereinnahmen finanziert werden.

„Man lässt es einfach laufen“

Wie dramatisch die Folgen für die Kommunen sind „es immer weiter so laufen zu lassen“ kann man am Zuschussbedarf im Einzelplan 4, Sozialhilfeausgaben, besonders deutlich ablesen.

Lag der Zuschussbedarf im Jahr 2007 im Einzelplan 4 noch bei ca. 115 Millionen liegt er im Haushaltsansatz für das Jahr 2012 bei knapp 184 Millionen.

Im gleichen Zeitraum stieg die Bezirksumlage von 134 Millionen auf 206 Millionen. Ohne diese Zahlen weiter zu interpretieren zeigen sie doch eines ganz deutlich.

Der Finanzierungsanteil der Kommunen an der Sozialhilfe verläuft unter Vernachlässigung geringer temporärer Verwerfungen linear zu den Einnahmen aus der Bezirksumlage.

Die Zuweisung nach Art 15 FAG hingegen betrug 2007 ca. 63 Millionen, im Jahr 2012 rund 68 Millionen.

Das bedeutet übertragen auf die Haushaltsplanung des Bezirkes nichts anderes, als dass die Einnahmen aus der Bezirksumlage auch weiterhin deutlich ansteigen müssen um die Ausgabenmehrungen bei der Sozialhilfe auszugleichen.

Bleibt der Anstieg der Umlagekraft aus, der uns in diesem Jahr immerhin rund 11 Millionen an Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr beschert, dann ist die Deckungslücke nur noch über weitere Umlagenerhöhungen zu schließen.

Da helfen dann keine unsinnigen Appelle an den Bezirk, aus welcher Ecke auch immer, mehr zu sparen.

Die Verschiebung der Lasten der Sozialhilfe auf die Kommunen dauern unvermindert an mit weiter deutlich zunehmender Tendenz.

Wenn der Staat sich hier weiter verweigert und seiner finanziellen Verantwortung nur verbal nachkommt, dann kommen auf die Umlagenzahler noch unangenehmere Zeiten zu.

Sich über diese Zurückhaltung des Staates nur im Rahmen der Haushaltsplanung zu beklagen wird nicht ausreichen an der staatlichen Praxis etwas zu ändern.

Gefordert sind hier die kommunalen Spitzenverbände kommunalfreundlichere Lösungen zu erzwingen.

Ob in diesem Zusammenhang die große Freude und die damit verbundene „Danksagung“ an den Finanzminister für seine „Großzügigkeit“ bei den Finanzausgleichsverhandlungen, den Bezirken 40 Millionen mehr zur Verfügung zu stellen, das richtige Signal darstellen, dazu mag sich jeder seine eigene Meinung bilden.

Fest steht doch eindeutig, dass die Finanzierungsstrukturen den tatsächlichen Entwicklungen angepasst werden müssen um nicht nur kurzfristig, abhängig von der jeweiligen Kassenlage, sondern dauerhaft einen verlässlichen finanziellen Rahmen zu schaffen.

Erneute Anhebung der Bezirksumlage erforderlich

Bewertet man die vorliegenden Zahlen und Daten des Verwaltungshaushaltes dann kommt man zu dem Ergebnis, dass sich aus Mindereinnahmen in Höhe von 7,4 Millionen und aus Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 14 Millionen eine Finanzierungslücke von 21,4 Millionen ergibt.

Das Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen ist dabei bereits mit eingerechnet. 11 Millionen davon lassen sich durch Mehreinnahmen aus dem Anstieg der Bemessungsgrundlage ausgleichen.

Durch diese zusätzlichen Mittel konnte die Unterdeckung auf 10,4 Millionen reduziert werden.

Seitens der Verwaltung war man der Meinung, dass man die Differenz in Höhe von 10,4 Millionen durch eine Anhebung der Bezirksumlage um 1,1 Punkte ausgleichen müsste.

Damit könne man sicherstellen die Neuverschuldung in vertretbaren Grenzen zu halten.

Das Investitionsvolumen mit etwa 12,7 Millionen könnte man dann mit einer Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von etwa 8 Millionen und mit einer Darlehensaufnahmen von 4,7 Millionen finanzieren.

Rücklagen, um die Darlehensaufnahmen zu vermeiden, stünden nicht mehr zur Verfügung.

Bei einer entsprechenden Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden am 17.11.11 schlug Bezirkstagspräsident Hr. Hölzlein dann auch eine Erhöhung der Bezirksumlage um 1,1 Punkte vor.

Eine dabei geforderte Absenkung der Erhöhung auf 1,0 Punkt wurde abgelehnt mit der Begründung, dass dies der Haushalt nicht hergebe.

Wenige Tage später wurde dann mitgeteilt, dass man auch mit einer Erhöhung der Bezirksumlage um 0,5 Punkte auskomme. Als Begründung wurde dargelegt, dass man nunmehr festgestellt habe, dass die eingeplante Rücklagenentnahme 2011 in Höhe von 9,3 Millionen nicht benötigt werde.

Diese nicht verbrauchten Mittel werden in Höhe von 5,635 Millionen in den Haushaltsplan 2012 eingestellt.

Die Mindereinnahmen aus der Bezirksumlage führen dann in der Folge zu einer Reduzierung des Zuführungsbetrages aus dem Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt auf 2,180 Millionen €

Erfolgreiche „Schatzsuche“:

Warum man die nicht verbrauchten Rücklagen erst nach den sonst eigentlich vorentscheidenden Beratungen der Fraktionssprecher entdeckte, ist nicht überliefert und auch nicht nachvollziehbar.

Man darf grundsätzlich, denke ich, schon davon ausgehen, und das sollte auch der Anspruch sein, dass in einen zur Vorberatung freigegebenen Haushaltsplanentwurf Erkenntnisse über den Rücklagenbedarf des laufenden Haushaltsjahres und auch über den eingeplanten Kreditbedarf eingearbeitet werden.

Druck der Landräte:

Man darf wohl aber auch annehmen, dass diese Korrektur des Haushaltsplanes auch auf Druck der Landräte erfolgte.

Bei allem Respekt vor den Landräten, das wäre schon sehr bedenklich, die Souveränität des Bezirkstages über den Haushalt des Bezirkes auf diese Weise in Frage zu stellen und gleichzeitig die Verwaltung zu diskreditieren.

Man sollte über die Höhe der Bezirksumlage sachlich und nicht politisch begründet entscheiden.

Man lenkt damit nur von der staatlichen Verantwortung ab, die mancher halt nicht so gerne nennt, auch wenn sie unbestreitbar ist.

Ohnehin sollte man nicht den Eindruck erwecken, mit der Gestaltung der Umlage würden sich neue Finanzierungsspielräume ergeben.

Die Finanzierungslücken bleiben bei den Kommunen. Sie verschieben sich nur unter zeitlichen Aspekten von einer Ebene zu ändern, bis sie dann letztlich bei den Gemeinden ankommen.

Die Schulden des Bezirkes sind letztlich auch die Schulden der Umlagenzahler, weil sie der Bezirk aus eigener Kraft mangels Masse ohnehin nicht begleichen kann.

So gering sind die Schulden des Bezirkes nun auch wieder nicht, dass man sie vernachlässigen könnte. Unter Berücksichtigung der Haushaltsplanung 2012 und unter Einbeziehung der Beteiligung an den Bäderzweckverbänden nähern wir uns einer Fremdfinanzierung in Höhe von 50 Millionen € Das sind immerhin mehr als fünf Punkte Bezirksumlage.

Aus unserer Sicht wäre es in Zeiten deutlich steigender Einnahmen ohnehin besser gewesen neue Schulden zu vermeiden und einen Teil der alten Schulden zu tilgen als so zu tun, als hätte man etwas zu verteilen.

Im übrigen ist das Vorgehen des Bezirk zu den Haushaltsberatungen, erst eine Fraktionsführerbesprechung anzuberaumen, dabei 1,1 Punkte Bezirksumlagenerhöhung zu empfehlen, darüber eine Presseerklärung abzugeben, um dann nach den Rücklagen zu suchen, nicht akzeptabel. Das schadet dem Ansehen der Bezirksräte und führt zu einem Vertrauensverlust gegenüber der Verwaltung.

Feststellungen zum Vermögenshaushalt:

Die im Vermögenshaushalt vorgesehenen Maßnahmen sind aus unserer Sicht notwendig und tragen zur Qualitätssicherung der Einrichtungen bei, die unter dem Dach des Bezirkes geführt werden.

Erfreulich sind nach wie vor die guten wirtschaftlichen Ergebnisse in den Bezirkskrankenhäusern.

Unter Einbeziehung des Gutshofes in Mainkofen und des dortigen Pflegeheimes lässt sich feststellen, dass gute Ergebnisse nicht von der Rechtsform sondern vom Engagement der Verantwortlichen abhängen.

Als Sorgenkinder kann man unsere Bäder bezeichnen.

Dauerhafte Betriebskostendefizite sind und bleiben eine kritische Masse.

Überzeugende Ansätze diese Defizite entscheidend reduzieren zu können, gibt es nicht.

Machen wir uns nichts vor. Wer auf Dauer mit öffentlichen Mitteln am Leben gehalten werden muss, der sorgt für „Gesprächsdorf“ trotz politischer Zusagen jeglicher Art.

Daran ändern auch kommunale Zweckgemeinschaften nichts.

Zum Sondervermögen Kulturstiftung ist festzustellen, dass mit den Bewirtschaftungserlösen die Kulturangebote im ländlichen Raum unabhängig vom Tagesgeschäft finanziert werden können.

Leider reicht es nicht mehr die für das Landestheater Niederbayern erforderlichen Mittel aus der Kulturstiftung zu finanzieren.

Diese Einrichtung wird nunmehr im kameralen Haushalt geführt und ist dort mit einem Fehlbetrag von 1,6 Millionen € ausgewiesen.

Zusammenfassung:

Auf Grund von Mindereinnahmen und Mehrausgaben ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Finanzierungslücke in Höhe von mehr als 21 Millionen €. Mit der stark gestiegenen Umlagekraft kann diese Lücke in einem Umfang von 11 Millionen geschlossen werden.

Mit der Erhöhung der Bezirksumlage um einen halben Punkt, und mit einer auf 2 Millionen abgesenkten Zuführung zum Vermögenshaushalt wurde ein Finanzierungskompromiss gefunden, dem wir zustimmen werden.

Die geplante Verschuldung wird um 4,7 Millionen ansteigen, auch wenn wir den Schwerpunkt in der Haushaltsplanung gerne darauf gelegt hätten, die Neuverschuldung ganz zu vermeiden.

Zum Schluss kommend darf ich mich auch im Namen meiner Kollegen, den Bezirksräten Hr. Dr. Hubert Faltermeier und Hr. Stierstorfer, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen des Bezirks für die geleistete Arbeit ganz herzlich bedanken.

Die guten Ergebnisse, die dabei erreicht wurden, verdienen unseren Dank und unsere Anerkennung.

Bedanken darf ich mich auch bei Ihnen, Hr. Bezirkstagspräsident und bei Ihnen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, für die stets sachliche und angenehme Zusammenarbeit.

Dieser Dank gilt ganz besonders auch allen, die uns im Sitzungsdienst begleiten und mit ihrem Fachwissen weiterhelfen, wenn es notwendig ist.

Ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wünsche ich ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und für das neue Jahr alles Gute!

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Rottenburg, den 14.12.11

Hans Weinzierl

Fraktionssprecher der Freien Wähler im Bezirkstag von Niederbayern